

2013

jahresbericht



„Wenn das Wörtchen wenn nicht wär´...“

Am 12. November um 3:48 Uhr weckt mich eine SMS: „Bundesweiter Volksentscheid kommt!“ Wie vom Blitz getroffen springe ich aus dem Bett, fahre den Laptop hoch und versuche, Traum von Wirklichkeit zu trennen. Tatsächlich! Im Netz finde ich: „Union und SPD wollen bundesweite Volksabstimmungen ermöglichen. Die Vorsitzenden der zuständigen Koalitionsarbeitsgruppe, Hans-Peter Friedrich (CSU) und Thomas Oppermann (SPD), verständigten sich nach Informationen der Süddeutschen Zeitung auf einen entsprechenden Vorstoß. ...“ Endlich am Ziel?

Beinahe – wenn nicht der nächste Tag gefolgt wäre, wenn nicht Angela Merkel diesen Vorstoß mit einem Wisch vom Tisch

gefegt hätte ... wenn nicht, dann wäre dieser Traum Wirklichkeit geworden!

Wir wären nicht Mehr Demokratie, wenn wir nicht auch hier das Positive sähen. Denn dies zeigt, wie weit unsere Forderung nach bundesweiten Volksentscheiden schon vorgedrungen ist; wie viele Menschen, die mit am Tisch der Koalitionsverhandlungen saßen, die Volksabstimmung wirklich wollen. Es zeigt aber auch, wie brachial ein Machtwort sein kann und wie weit wir noch von unserem Ziel entfernt sind. Merkel möchte Europa zusammenhalten, verständlich – aber ohne Volk? Unverständlich!

Dass wir so weit gekommen sind, liegt vor allem an dem großen Engagement von vie-

len Menschen. Ich erinnere mich an eine Passantin, die uns dafür lobte, dass wenigstens einer Wahlkampf betreibe – wir. Ja, wir haben intensiv Wahlkampf betrieben, 104.644 Unterschriften gemeinsam mit dem OMNIBUS gesammelt, wir waren bei den Menschen auf der Straße, auf Parteitagungen, vor Parteizentralen, bei Politikerinnen und Politikern, Ministerinnen und Ministern. Wahlkampf ja, aber nur für eins – für unser Recht auf Volksabstimmung!

Mit den besten Wünschen für 2014

Ihre Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin

Januar

Das Jahr 2013 lässt sich vielversprechend an: Die neue Ministerpräsidentin in **Rheinland-Pfalz**, Malu Dreyer, fordert in ihrer Regierungserklärung den Ausbau der direkten Demokratie und bessere Transparenzregeln. In **Niedersachsen** kündigt die neue rot-grüne Regierung eine Reform von Bürgerbegehren und -entscheiden an. Einen Gesetzentwurf will sie im Sommer 2014 vorlegen – ebenso einen Entwurf für ein Transparenzgesetz.

Februar

Der Bundestag beschließt eine Reform des Wahlrechts. Bis auf DIE LINKE stimmen alle Fraktionen zu. Die wichtigsten Änderungen betreffen die Überhangmandate und das negative Stimmgewicht. Die Reformen sind auch ein Ergebnis der Bürgerklage von Mehr Demokratie.

Die Volksinitiative „Mehr Demokratie in **Schleswig-Holsteins** Kommunen“ ist erfolgreich. Der Landtag in Kiel übernimmt wesentliche Forderungen und erleichtert damit Bürgerbegehren und -entscheide. In **Brandenburg** wird das Volksbegehren, das sich gegen Nachtflugzeiten beim neuen Großflughafen BER wendet, vom Landtag übernommen. Die Landesregierung wird nun mit Berlin und dem Bund in Verhandlungen treten.

März

100 Gemeinderäte in **Thüringen** unterstützen die Forderung des Mehr Demokratie-Bündnisses nach einem Ausbau der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene und der Einführung des Ratsreferendums.

April

Das Volksbegehren „Nein zu Studiengebühren in **Bayern**“ wird vom Landtag übernommen. Mehr Demokratie **Nordrhein-Westfalen** startet zusammen mit dem Bund der Steuerzahler und Transparency International die Kampagne für ein Transparenzgesetz „NRW blickt durch“. Politik und Verwaltungen sollen in Zukunft Informationen pro-aktiv veröffentlichen müssen. In **Thüringen** wird das Volksbegehren „Für gerechte und bezahl-

bare Kommunalabgaben“ durch ein Urteil des Verfassungsgerichtes gestoppt. Der Landesverband Mehr Demokratie fordert die Abschaffung des Finanztabus.

Mai

Im **Saarland** verabschiedet der Landtag eine Verfassungsänderung zu mehr Bürgerbeteiligung. Die Änderungen sind jedoch nur marginal, weitergehende Vorschläge der Oppositionsparteien lehnt die große Koalition ab. Zusätzlich werden Erschwernisse für die Volksgesetzgebung in der Verfassung verankert.

Die ersten Aktionen zur Bundeskampagne „Volksentscheid – bundesweit“ starten. Auf dem Kirchentag in Hamburg ist Mehr Demokratie mit einer „Demokratiebaustelle“ vertreten und zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai wird das aufblasbare Grundgesetz am Brandenburger Tor aufgebaut.

Juni

Vor dem Bundesverfassungsgericht findet die mündliche Verhandlung zur **Europa-Verfassungsbeschwerde** statt. Es geht um die Eurorettungspolitik unter Führung der Europäischen Zentralbank. Eine Entscheidung in der Hauptsache wird 2014 erwartet.

Die SPD bringt einen Gesetzentwurf zum bundesweiten Volksentscheid in den Bundestag ein, an dem Mehr Demokratie beratend mitgewirkt hat. Es ist der elfte parlamentarische Vorstoß in dieser Sache und der erste, der neben der Volksgesetzgebung darauf zielt, Entscheidungen des Bundestages korrigieren zu können.

Volksentscheid – bundesweit: Mit einem bundesweiten Aktionstag Ende Juni startet Mehr Demokratie eine Tour durch 100 Wahlkreise, die bis zur Bundestagswahl läuft. Das sechsköpfige Wahlkreisteam gewinnt im Laufe des Sommers knapp 700 Wahlkreis-Aktive für die Kampagne. Außerdem werden 14 gut besuchte Podiumsdiskussionen organisiert, davon acht in Baden-Württemberg, zwei in Nordrhein-Westfalen, zwei in Bayern, eine in Sachsen und eine in Niedersachsen.

In **Sachsen** bringt die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Gesetzesentwurf zur „Modernisierung der Verfassung des Freistaats Sachsen“ in den Landtag ein, der auch Artikel zur Verbesserung direktdemokratischer Instrumente auf Landesebene enthält.

August

„Der Aufrechte Gang – 675 km für die Volksabstimmung“ startet in Bochum. Initiator der Wanderung von Hattingen nach Berlin ist Michael von der Lohe vom OM-NIBUS für Direkte Demokratie.

In **Bremen** beschließt die Bürgerschaft die Senkung der Hürden für verfassungsändernde Volksbegehren und -entscheide. Gegen die Stimmen der CDU wird zudem eine Regelung verabschiedet, die Volksentscheide vorsieht, bevor bestimmte öffentliche Unternehmen privatisiert werden – das ist bisher einmalig in Deutschland.

September

In **Bayern** finden parallel zur Landtagswahl fünf verfassungsverändernde Volksentscheide (obligatorische Referenden) statt, die alle angenommen werden. So muss künftig die Staatsregierung den Landtag über Angelegenheiten der EU umfassend unterrichten. In **Hamburg** ist der Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Energienetze erfolgreich.

„Der Aufrechte Gang“ kommt am 27. September in Berlin an. Die letzte Etappe mitten durch die Stadt endet mit einer Demonstration für bundesweite Volksabstimmungen vor dem Bundeskanzleramt.

Oktober

In **Niedersachsen** sammelt die Volksinitiative für bessere Kinderbetreuung 101.000 Unterschriften und wird im Landtag angehört. Der Landesvorstand von Mehr Demokratie **Sachsen-Anhalt** wirbt vor dem Innenausschuss des Landtags für eine Senkung der Hürden bei Bürgerbegehren und -entscheiden. Der 2012 gegründete und damit jüngste Landesverband hatte eine Petition eingereicht, die auf Ände-

2013 in Bildern
 Erleben Sie die Höhepunkte noch einmal mit
 auf [youtube.com/mehr0demokratie0de](https://www.youtube.com/mehr0demokratie0de) oder
 unter [flickr.com/photos/mehr-demokratie/sets](https://www.flickr.com/photos/mehr-demokratie/sets)



rungen im Rahmen der geplanten Novel-
 lierung der Kommunalverfassung zielt.
 Eine **Änderung des Europawahlgesetzes**
 tritt in Kraft: Auf Betreiben von CDU/
 CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS90/DIE
 GRÜNEN gibt es erneut eine Sperrklausel
 bei Europawahlen, nun drei Prozent. Mehr
 Demokratie reicht dagegen gemeinsam
 mit mehr als 1.000 Bürger/innen Verfas-
 sungsbeschwerde ein.

Am 23. Oktober beginnen die **Koalitions-
 verhandlungen** zwischen CDU/CSU und
 SPD. Einen Tag davor überreicht Mehr De-
 mokratie gemeinsam mit dem OMNIBUS
 für Direkte Demokratie 104.644 Unter-
 schriften für bundesweite Volksentscheide
 an SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles.

November

In **Berlin** scheitert der Volksentscheid zur
 Rekommunalisierung der Energieversor-
 gung knapp am Zustimmungsquorum. In
Bayern sprechen sich die Bürger/innen in
 vier Bürgerentscheiden in München und
 Umgebung gegen eine Olympiabewerbung
 aus. In **Hamburg** geht die Umsetzung des

Transparenzgesetzes weiter voran. Der
 Senat beschließt eine Gebührenordnung
 für 2014, die sämtliche Amtshandlungen
 regelt. In **Nordrhein-Westfalen** übergibt
 Mehr Demokratie 3.007 Unterschriften für
 eine Vereinfachung der direkten Demokra-
 tie auf Landesebene an die Verfassungs-
 kommission des Landtags. Diese soll dem
 Parlament einen Vorschlag zur Senkung der
 Hürden bei Volksbegehren unterbreiten.

In einem Bündnis mit dem OMNIBUS,
 Campact, openPetition und Democracy
 International organisiert Mehr Demokratie
 zahlreiche Aktionen zu den Koalitions-
 verhandlungen. Innerhalb einer Woche
 kommen 165.000 Online-Unterschriften
 für den bundesweiten Volksentscheid zu-
 sammen. Ein gemeinsamer Vorstoß von
 CSU und SPD, die direkte Demokratie auf
 Bundesebene im Koalitionsvertrag zu ver-
 ankern, scheitert am Nein der CDU.

Dezember

In **Baden-Württemberg** unterzeichnen
 die Fraktionsvorsitzenden des Landtags
 nach langem Ringen eine Vereinbarung

zur Demokratiereform. Erleichterungen
 sind auf kommunaler Ebene und auch
 auf Landesebene zu erwarten. Der Lan-
 desverband hatte die Verhandlungen mit
 Gesprächen und Aktionen begleitet. In
Hamburg haben SPD, CDU und GAL
 mit ihrer Mehrheit in der Bürgerschaft die
 Drei-Prozent-Sperrklausel für Bezirks-
 wahlen wieder eingeführt. Mehr Demokra-
 tie startet ein Referendumsbegehren,
 um das Inkrafttreten dieser Änderung zu
 verhindern. CDU und BÜNDNIS 90/DIE
 GRÜNEN in **Hessen** kündigen in ihrem
 Koalitionsvertrag ein Verfassungsrefe-
 rendum über die Senkung der Hürden bei
 Volksbegehren an. Die Enquetekommis-
 sion „Demokratiereform“ in **Rheinland-
 Pfalz** beschäftigt sich mit Verbesserun-
 gen der direkten Demokratie sowohl auf
 Landesebene als auch in den Kommunen.

Bitte vormerken: MV-Termine

Sa., 24. bis So., 25. Mai 2014 und
Sa., 22. bis So., 23. Nov. 2014
 Bundesmitgliederversammlung
 in Erfurt

Jahrestagung 2014:

„Globale Demokratieentwicklung: Zwischen Traum und Trauma“

4. bis 6. Juli 2014,

Fuldatal bei Kassel

In Europa wirft die Finanzkrise dunkle Schatten auf die Demokratien. Regierungen wanken, hohe Arbeitslosigkeit und tiefe finanzielle Einschnitte sorgen für massive gesellschaftliche Probleme. Der arabische Frühling, der mit der Revolution in Tunesien begann, entlädt sich in immer mehr Ländern in einem Bürgerkrieg.

Hingegen entwickelt sich die Demokratie in einigen Staaten Latein- und Mittelamerikas erfreulich, auch wenn die Finanz- und Staatsschuldenkrisen manchen Demokratiefortschritt teilweise wieder infrage stellen.

Kommen Sie mit uns auf eine Weltreise der Demokratieentwicklung. Ist die Demokratie auf dem Vormarsch? Oder steht die globale Demokratieentwicklung vor dem Ende?

Anmeldung und weitere Informationen in Kürze unter mehr-demokratie.de/tagungen.html

Auf zur Landsgemeinde nach Glarus!

Vom 2. bis 4. Mai 2014 bietet Mehr Demokratie eine Fahrt in die Schweiz zur Landsgemeinde nach Glarus an. Zustieg in den Bus wird in Frankfurt und Stuttgart möglich sein. Der Teilnahmebeitrag beträgt 140 Euro. Reservieren Sie schon jetzt bei Alexander Trennheuser: alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de.

Mehr Demokratie e.V.
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Telefon 030 420 823 70, Fax 030 420 823 80
info@mehr-demokratie.de

IBAN: DE 14 7002 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33MUE, Bank für Sozialwirtschaft

Finanzüberblick 2013 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Kampagnen			
Bundeskampagne, Aktionen Koalitionsvertrag, 299 Wahlkreise, Touren, Veranstaltungen, Kandidatenwatch Bund, Bayern, Hessen	173.486	-252.511	
ESM-, Fiskalvertrag Verfassungsbeschwerde		-18.791	
Bundsratsinitiative		-12.232	
Transparenzgesetz / Informationsfreiheit		-6.359	
Reform- / Lobbyarbeit		-28.654	
Erstattung Verfassungsbeschwerde Überhangmandate	11.505		
	Saldo		-133.556
Democracy International			
EBI, europäische Netzwerkarbeit		-74.403	
Großspenden für Democracy International	72.000		
	Saldo		-2.403
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit			
Website, Infomaterial, Honorare, Pressekonferenzen etc.		-116.124	
Zeitschrift für direkte Demokratie		-44.064	
Abo Einnahmen	903		
	Saldo		-159.285
Verbandsinterne Demokratie			
Vorstandssitzungen, MVen, Mitgliederurabstimmungen		-48.390	
Beiträge der Teilnehmenden	14.929		
Rechtsanwaltskosten		-13.167	
	Saldo		-46.628
Bildungsarbeit			
Vorträge, Seminare, Beratung, Veranstaltungen		-13.794	
	Saldo		-13.794
Wissenschaft			
Bürgerentscheidsdatenbank		-4.800	
Bürgerentscheids- und Volksentscheidsberichte, Rankings, wissenschaftl. Aufsätze		-30.086	
Jahrbuch Direkte Demokratie, Publikationen	6.565	-10.244	
	Saldo		-38.565
Verwaltung			
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung		-46.283	
Kreditvergabe und -einnahmen	0	0	
Kostenerstattung für Fördererwerbung durch LVe	586		
Bundesbürokosten Tempelhof / Berlin	948	-19.459	
	Saldo		-64.208
Fundraising, Werbekosten			
Fördererwerbung und Mailing Kosten		-78.419	
Druck, Honorare, Weiterbildung		-73.184	
Beiträge	283.202		
Mailing Spenden	153.830		
Großspenden (zus. 150.000 Euro für Bundeskampagne)	87.000		
Sonstige Spenden	69.255		
Sonstige Einnahmen	5.221		
Förderung / Stiftungen	6.000		
Stiftungsgründung	7.400	-1.964	
	Saldo		458.341
Summe	892.830	-892.928	
	Ergebnis 2013		-98
Kontostand 31.12.2013			141.397